

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rm. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingelands 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landeskulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 32

Mittwoch, 9. Februar

1921

Vom sächsischen Eisenbahnrat.

(N.) Die Verordnung über Errichtung eines sächsischen Eisenbahnrates hat unterm 21. Januar 1921 wegen des Überganges der Eisenbahnen an das Reich einige Änderungen erfahren, aus denen das Wichtigste hervorgehoben sei. Der Eisenbahnrat besteht künftig aus 10 Vertretern der Arbeitgeber aus Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, von denen 4 von den sächsischen Handelskammern, 4 vom Landeskulturrat für den Freistaat Sachsen, 1 vom Submissionsamt für den Freistaat Sachsen und 1 gemeinschaftlich von den sächsischen Gewerbelkammern abgeordnet werden, ferner aus 10 gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten, die vom Arbeitsministerium ernannt werden, sowie 9 vom Reichsverkehrsminister ernannten Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt oder ernannt. Das Ministerium des Innern, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium können Kommissare in die Sitzungen des Eisenbahnrates entsenden. Der Eisenbahnrat befehlt für die Erledigung dringender Angelegenheiten, sowie zur Vorbereitung seiner Beratungen aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuss von 9 Mitgliedern. Die übrigen Änderungen der Verordnung sind lediglich redaktioneller Natur.

Bayerns Haltung.

München, 8. Februar. In einer Besprechung der Ministerpräsidentenkonferenz schreiben heute die „Münchener Neuesten Nachrichten“ u. a.: Der Hauptvorwurf, der in den letzten Tagen erhoben wurde, der Vorwurf des Wiedererauflassens der Separationbestrebungen in Bayern ist völlig hinfällig. Die feierliche Art, in der Hr. v. Kahr seine und ganz Bayerns unbedingte und unerschütterliche Treue zum Reiche betont hat, müßten solche Vorwürfe zum Verschwinden bringen. Damit ist aber zugleich jeder Anlaß geschwunden, irgend etwas zu den hundertmal wiederholten Gründen für Bayerns Haltung in der umstrittenen Frage der Selbstschutzorganisationen noch weiterhin zu sagen.

Belgischer Verzicht.

Berlin, 8. Februar. Der hiesige belgische Gesandte hat dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. d. M. folgende Note übergeben:

Die belgische Regierung beabsichtigt nicht von dem ihr nach § 18 der Anlage 2 zu Art. 8 des Versailler Friedensvertrages zustehenden Rechte, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen nicht absichtlich verstoßen würde.

Dieser Verzicht bezieht sich auf deutsches Eigentum in Belgien, seine Kolonien oder das von ihm verwaltete Gebiet, einschließlich insbesondere der Bankguthaben, ebenso wie auch der Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Dies gilt ebenso von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeuge oder nach Belgien zum Verkauf gelangten Waren.

Von zuständiger Stelle wird besonders darauf hingewiesen, daß der von Belgien ausgesprochene Verzicht in verschiedener Hinsicht weitergeht als der von der britischen Regierung bereits früher ausgesprochene Verzicht. Es wäre zu wünschen, daß der belgische Schritt dazu beitragen würde, dem vor dem Krieg selbstverständlichen Grundsatze der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur Geltung zu verhelfen.

Keine deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 7. Februar. Gegenüber der Meinung, daß zeitig Verhandlungen über die Herbeiführung des Friedenszustandes zwischen Amerika

Deutschlands Entschädigungsleistungen.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Washington, 8. Februar. Senator Harnedy hat dem Senat eine Entschädigung eingereicht, um die Frage der Abzahlung der Schulden der Verbündeten aufzurollen. Gleichzeitig reichte er einen Vorschlag bezüglich der Entschädigungsfrage ein. Dieser enthält folgende Punkte:

1. Herabsetzung des deutschen Schuldensatzes auf 15 Milliarden oder 28 Annuitäten von je 1 Milliarde Dollar. In diesen Zahlen sind die Zinsleistungen enthalten;
2. Deutschland wird ein Kredit von 5 Milliarden Dollar in Gold für die deutsch-afrikanischen Kolonien und die deutschen Telegraphenkabel eingeräumt, die von der Entente während des Krieges mit Beschlag belegt worden sind;
3. die Vereinigten Staaten werden zum Ankauf der früheren deutschen Kolonien und Kabel bevorzugen und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollar. Dieser Betrag wird von der Rechnung der Schulden der Alliierten an Amerika abgezogen.

Noch keine Beschlussfassung.

Berlin, 8. Februar. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ mitteilt, ist in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts eine Beschlussfassung über die in London eingunehmende Haltung Deutschlands nicht erfolgt, da zunächst die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

Die „Bojowka Polka“.

Wien, 8. Februar. Das deutsche Plebiszit-Kommissariat legt eine Million Mark aus gegen

die gefährliche polnische Kampforganisation, die Bojowka Polka, die im Abstimmungsgebiete terroristische Aufgaben hat. Das deutsche Plebiszit-Kommissariat verbindet dies mit außerordentlich belangreichen Enthüllungen über diese Organisation. Zu ihnen heißt es u. a.:

Diese mit polnischen Abstimmungsgebern unterhaltene Nordbande besteht aus 20 bis 30 Abteilungen. Jede Abteilung besteht aus fünf bis sieben Mann. Alle Abteilungen unterstehen dem Befehl des Kapitäns Orjendat in Wilowice bei Sosnowice und erhalten von diesem die Gelder. Zwei Abteilungen liegen in der Transsilvanien in Sosnowice, eine befindet sich in Pragla, die anderen treiben sich in Oberschlesien mit wechselndem Standort herum. Die Bojowka Polka hat folgende Aufgaben:

1. Überschleusen, die sich ungenügend gemacht haben, zu erneuern. Ihre Opfer findet die Bojowka Polka sowohl unter den deutschsprachigen Oberschleslern als auch unter den polnischsprachigen.
2. Wichtige Urkunden zu rauben oder zu vernichten.
3. Versammlungen deutschgeringer Oberschlesler zu sprengen.
4. Die Bevölkerung durch Handgranaten und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen, damit man glaube, daß niemand gegen die Macht der Polen aufkommen könne.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 7. Februar. Die „Nitransigeant“ meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand, Doumer und Vougeur vertreten sein.

London, 8. Februar. „Morningpost“ meldet aus Konstantinopel: Die kemalistische Regierung habe unter dem Druck von Moskau von ihrem Vorhaben abgesehen, Delegierte zur Londoner Konferenz zu entsenden.

Die Ausfuhrabgabe.

Paris, 8. Februar. Der Abg. Jean Denessy wendet sich im „Ceuvre“ gegen die Ausfuhrabgabe und sagt: Selbst wenn man zugeben wollte, daß die Ausfuhr Deutschlands trotz des Verlustes seiner Kolonien und Handelsmarine genügend steigen werde, so habe er doch die Überzeugung, daß das vorgeschlagene Verfahren von der gesamten Welt ungünstig aufgenommen werde, und daß eine allgemeine Bewegung in der ganzen Welt entstehen würde, die Frankreich zwingt, es aufzugeben. Die Länder, die Deutschlands Erzeugnisse nötig hätten, würden in Wirklichkeit die Abgabe zahlen. Sie würden gemeinsam mit den Deutschen Einspruch erheben. Die französische Kammer müsse angesichts dieser Beweisgründe Nein sagen. Als bestes Verfahren für den Wiederaufbau empfiehlt Denessy, die ehemalige Kampfbühne von deutschen Arbeitern, mit deutschem Material wieder aufbauen zu lassen.

Lord Robert Cecil über die Wiedergutmachung.

London, 8. Februar. In einer zu Sheffields gehaltenen Rede erklärte Lord Robert Cecil, man dürfe Deutschland nicht gestatten, mit Waren die Wiedergutmachung zu leisten. Wenn Deutschland die Wiedergutmachung in Form von Fertigwaren leisten, wodurch Arbeitslosigkeit in England erzeugt würde, so wäre der Erfolg der, daß England die deutsche Wiedergutmachung bezahlte. Deutschland müsse an England Rohstoffe liefern, die es von anderen Ländern im Austausch gegen Fertigwaren erhalte.

Das russisch-englische Handelsabkommen.

London, 8. Februar. „Morningpost“ schreibt zur Note Tschitscherins an Curzon: Die politischen Verhandlungen, die Rußland wünscht, bedeuten nichts weniger als die Anerkennung der bolschewistischen Regierung. Dies sei das Ziel, das Lenin und Trotzki gerade unter dem Vorwande erstrebten, ein Handelsabkommen zu erreichen.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot.

Ein Beitrag zu des Rätsels Lösung.
Von Hfr. G. M. Schmidt in Sachsenburg.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, das ist die zweifache Geißel, unter denen unser Volk schmachtet. Wie viele ernste Männer suchen und raten, wie das Rätsel zu lösen sei, denn beide wirken so lähmend und entsetzlich auf das Volk, wie nichts anderes. Ich erspare es dem Leser, einzelne Beispiele dafür anzuführen, aber schon auf den Dörfern, geschweige denn in den Städten gibt es kaum noch ein Häuschen, das nicht zur Wohnung dienen muß und der bekannte schöne Ausspruch gilt: „Wohne aber deinem Stande, ist unter deinem Stande“ ist zur Ironie geworden. Und gar der Blick in die Zukunft, wie trüb und ernst! Aber bangemachen gilt nicht. Als ich gestern, da der herrliche Sonntag, welcher der kalten Nacht gefolgt war, uns ins Freie lockte, die Straße entlang ging, sagte ich mir: „Welch ein schmuddiger Weg!“ Im gleichen Augenblick sagte meine Fran: „Welch eine wunderbare silberne Straße?“ Der Sonnenschein strahlte in der Feuchtigkeit der Erde und vergoldete sie.

Alle Optimismus und Tatkraft! Zusammenschluß von Regierung, Genossenschaft und Privaten! Es gibt einen Weg, wenn er auch bescheiden aussieht, er wird doch zur Silberstraße werden können.

Hunderttausende von Arbeitslosen warten, denen jede treue ehrliche Arbeit willkommen ist. Milliarden sind bisher für sie gesalbt worden und noch immer ist kein Ende dieser Ausgaben abzusehen. Was nützt es, wenn der Staat eine Stichpantalfabrik für 100 Mill. oberhalb Wittweida erbauen will, um 400 Arbeitslose aus vier Jahre zu beschäftigen, wo sollen sie während der Zeit wohnen, was sind überhaupt 400 Mann, die beschäftigt werden, so viel hat allein eine Kleinstadt wie Frankenberg. Was ist das also für so viele, die sonst im Lande nach Arbeit hungern? Was nützt es, wenn Glauchau eine Toldfabrik für Millionen bauen will, um 250 Arbeitslose auf zwei bis drei Jahre zu versorgen. Glauchau lebte und wuchs auch ohne diese Landbrücke. Nein, nicht auf diesem Wege kommen wir zum Ziele. Erwägen wir einen anderen Weg. — Eine Million Wohnungen fehlen in Deutschland. Western las ich in einer Zeitschrift: „Zwei Tamen suchen in deutschen Länden in Dorf oder Stadt eine kleine Wohnung!“ Ja, wer baut heute Wohnungen, wo der Kohlenmangel die Herstellung von Ziegel, Zement und Raif fast zur Unmöglichkeit macht, so daß 135 Ziegeleien schon abgebrochen worden sind.

Und dennoch, wie viele möchten bauen, die Kapitalien sind heute, wo manche Arbeiterfamilie mit erwachsenen Kindern zusammen 40- bis 50 000 M. verdient und auch ein Mann mit nur 15 000 M. Einkommen wohl imstande wäre, jährlich 1- bis 2000 M. zu seinem Häuschen, das er ersehnt, beizutragen, nicht un schwer zu finden.

Helfen wir den Wohnungsuchenden durch die Arbeitslosen und den Arbeitslosen durch die Wohnunglosen. Bauen wir! Ja bauen, nicht zwar wie bisher unter der Finkendankung des Bau- und Brandversicherungsgegesetzes, nicht zwar so elegant, aber dennoch gesund und wohnlich und freundlich zugleich, Bruchstein in Lehm, Rundholz und Strohdach! Das ist die wirkliche Lösung und wenn man sich nur einmal liebend in den Gedanken verliert, so kann man sich sehr wohl damit befreunden, ja sich dafür begeistern. Freilich der gänstige Baummeister wird dem Unterfangen zunächst abhold gegenüberstehen, teils aus ästhetischen, teils aus finanziellen Gründen, aber im Volk wird man dem Gedanken gern nähertreten und dieser und jener, mit dem ich sprach, vom Professor bis zum Schuymann: „Wollten Sie im eigenen geräumigen Hause unter einem Strohdach wohnen?“ Beide antworteten alsbald: „Gern!“

Darf ich ein wenig von dieser Diebstahlsüber, die mit der Roheit aufdrängt, sprechen?

Zuerst muß kommen ein Zwischengebiet, das die Enteignung kleiner Geldbesitzer der Gemeinde oder der Genossenschaft zuspricht. Grundsat muß sein: „Nicht neue Straßenzüge, sondern Häuser bauen, viele Tausende in Kur-